

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 4

Artikel: Die Flüchtlingssituation in Europa und die aktuelle Flüchtlingspolitik der EU
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917159>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Flüchtlingssituation in Europa und die aktuelle Flüchtlingspolitik der EU

Dieser Beitrag untersucht die aktuelle Flüchtlingssituation in Europa, dabei Flüchtlingsrouten, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), aktuelle Reformvorschläge der EU zur Flüchtlingspolitik sowie Massnahmen der EU zur Rettung von Menschenleben auf See und Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke.

Stefan Goertz

Etwa sieben Millionen Syrer sind bisher vor dem Bürgerkrieg geflohen, weltweit sind nach Angaben der United Nations (UN) rund 80 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als je zuvor seit 1950. Seit 2011 flohen etwa eine Million Syrer nach Europa, die meisten davon nach Deutschland, wo sie Asyl beantragt haben oder als Flüchtlinge registriert sind. In Deutschland leben aktuell ca. 780 000 geflohene Syrer.¹ Es ist schwierig, präzise Zahlen über Flüchtlinge in Europa zu ermitteln. Die Bundeszentrale für politische Bildung (Deutschland) geht für das Jahr 2018 von 7,7 Millionen Flüchtlingen in Europa aus. Der grösste Anteil davon sei nach Deutschland sowie mit deutlichem Abstand nach Frankreich, Italien und Schweden geflohen.² Die EU kommt

auf eine sehr ähnliche Zahl von Flüchtlingen in Europa.³

Die Flüchtlingspolitik ist vermintes Terrain innerhalb der EU. Seit der Flüchtlingskrise im Sommer 2015 sind die EU-Mitgliedsstaaten tief zerstritten. Der Beschluss einer verbindlichen Quote (September 2015) zur Verteilung von Asylbewerbern innerhalb der EU scheiterte an Ungarn, Polen, der Slowakei und Tschechien.⁴

Der Streit über einen gemeinsamen Kurs im Bereich Asyl/Flüchtlinge, Migration und Grenzschutz innerhalb Europas ist auch ein Konflikt zwischen den Mitgliedsstaaten der EU als Nationalstaaten sowie den Zuständigkeiten der EU. Asylpolitik und Grenzschutz sind in verschiedenen Politikfeldern verortet, im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik, in der Sozial- und Wirtschaftspolitik bis hin zu Aufgaben im Bildungs- und im Gesundheitsbereich. Alle bisherigen grossen Initiativen der EU scheiterten daran, dass die

Nationalstaaten letztlich eigene Prioritäten verfolgten. So verhinderte eine Mehrheit im Europäischen Rat (die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten), dass Flüchtlinge nach einem festen Schlüssel innerhalb von Europa proportional umverteilt werden. Viele EU-Mitgliedstaaten befürchteten Steuerungsverluste und unkalkulierbare Folgewirkungen für ihre Sozialsysteme.

Die Flüchtlingsrouten – die aktuelle Analyse der EU

Bei der östlichen Mittelmeerroute geht es nach Angaben der EU um Einreisen nach Griechenland, Zypern und Bulgarien. Eine grosse Zahl syrischer Kriegsflüchtlinge gelangte im Jahr 2015 über diese Route in die EU. Zahlreiche Flüchtlinge sowie Migranten reisen über Libyen nach Europa ein. Dies hat zum Entstehen von Schleuser- und Menschenhändlernetzen in Libyen beigetragen. Im Jahr 2020

war ein erheblicher Anstieg der Abfahrten aus Algerien zu verzeichnen.⁵

Die westliche Mittelmeerroute bezieht sich auf Einreisen nach Spanien sowohl auf dem Seeweg nach dem spanischen Festland als auch auf dem Landweg in die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika. Sie wird hauptsächlich von Flüchtlingen und Migranten aus Algerien und Marokko genutzt, aber auch viele Menschen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara versuchen, über diese Route nach Europa zu gelangen.

Syrische und irakische Flüchtlinge

vor Griechenland. Bilder: Wikimedia Commons



Die westafrikanische Route bezieht sich auf die Einreisen auf den Kanarischen Inseln im Atlantik. Im Jahr 2020 entwickelte sie sich zum meistgenutzten Seeweg nach Spanien, mit einer Verzehnfachung der Einreisen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auf diese Route – mit Abfahrten aus Marokko, der Westsahara, Mauretanien, Senegal und Gambia – entfiel mehr als die Hälfte der Einreisen auf dem Seeweg nach Spanien.

Die EU stellt fest, dass die Zahl der irregulären Einreisen auf dieser Route im Jahr 2020 drastisch angestiegen und im Januar 2021 zehnmal höher ist als im Januar 2020. Dieser Anstieg ist nach Angaben der EU auch auf die von vielen afrikanischen Ländern ergriffenen Covid-19-Massnahmen zurückzuführen, da sich die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen in vielen Herkunftsländern verschärft haben.⁶

Die zentrale Mittelmeerroute bezieht sich auf Einreisen auf dem Seeweg nach Italien und Malta. Flüchtlinge und Migranten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und aus Nordafrika gelangen über Tunesien und Libyen nach Europa. Diese Route in die EU war zwischen 2015 und 2017 die am häufigsten genutzte Route. Nachdem die Zahl der irregulären Einreisen auf dieser Route von 2017 bis 2019 gesunken ist, hat sie im Jahr 2020 wieder stark zugenommen.⁷

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)

Frontex nahm ihre Tätigkeit im Oktober 2016 auf und ist als dezentrale europäische Agentur damit betraut, die EU-Aussengrenzen zu überwachen und mit den EU-Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um potenzielle Sicherheitsbedrohungen an den Aussengrenzen der EU zu erkennen und abzuwehren. Vor der beginnenden Flüchtlingskrise im Jahr 2015 forderte das EU-Parlament einige Jahre lang, die Rolle von Frontex aufzuwerten, damit Frontex wirksamer auf die Veränderungen bei den Migrationsströmen reagieren könne. Im Oktober 2015 bestand das EU-Parlament darauf, dass die neuen Interventionsbefugnisse von Frontex durch einen Beschluss der Mitgliedstaaten im Rat und nicht wie ursprünglich vorgeschlagen durch einen Beschluss der Kommission in Kraft gesetzt würden. Mit dieser Verordnung wurde der Umfang der Tä-

tigkeiten von Frontex dahingehend ausgeweitet, dass die Mitgliedstaaten beim Migrationsmanagement, der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität sowie bei Such- und Rettungseinsätzen stärker unterstützt werden. Im September 2018 legte die EU-Kommission einen neuen Vorschlag zur Stärkung von Frontex vor, der im November 2019 angenommen wurde. Damit erhielt Frontex ein neues Mandat sowie eigene Mittel und Befugnisse für den Schutz der Aussengrenzen, eine wirksamere Durchführung von Rückführungen und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Die neue ständige Reserve von Frontex soll im Jahr 2021 voll einsatzfähig und einsatzbereit sein und bis 2024 ihre volle Kapazität von 10 000 Grenzschutzbeamten erreichen.⁸

Aktuelle Reformvorschläge der EU zur Flüchtlingspolitik

Die EU beschloss Ende Dezember 2020 eine Aufstockung der Mittel für den Bereich Migration für die Jahre 2021 bis 2027. Über die nächsten sieben Jahre werden sich die Ausgaben im Bereich «Migration und Grenzmanagement» auf 22,7 Mrd. belaufen. Die Haushaltsmittel für Migration und Grenzmanagement wurde erheblich aufgestockt, auch um der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache bis 2027 den Einsatz von bis zu 10 000 Grenzschutzbeamten zu ermöglichen.⁹ Ende September 2020 legte die Europäische Kommission ein neues Migrations- und Asylpaket mit fünf neuen Legislativvorschlägen zur Reform der EU-Asylvorschriften vor. Die EU-Minister erörterten Schlüsselemente des Pakets, darunter die externe Dimension, die vorgeschlagene Phase vor der Einreise, den Solidaritätsmechanismus, das interne Migrations- und Asylmanagement, verschiedene Mittel zur Verbesserung von Rückkehr und Rückführung, die Rolle der Agenturen sowie legale Wege für die Einreise nach Europa und Integration.¹⁰

Neue Verteilmechanismen, neue, schnellere Grenzverfahren und ein deutlich stärkerer Fokus auf das Ziel, Menschen ohne Bleiberspektive schnell wieder abzuschicken, das ist die Kurzzusammenfassung der Vorschläge zu einer Neuordnung der EU-Asylpolitik aus dem Herbst 2020.

Nach der Idee der EU-Kommission soll künftig bereits an den EU-Aussengrenzen entschieden werden, welche Migranten ein klassisches Asylverfahren durchlaufen, und welche ein sogenanntes Grenzverfahren,

das die EU-Kommission neu etablieren will. Hierzu soll es ein Screening an den EU-Aussengrenzen geben. Bei diesem Screening sollen Flüchtlinge und Migranten registriert werden, Sicherheits- und Gesundheitschecks vorgenommen und auch geprüft werden, ob Personen besonders schutzbedürftig sind, zum Beispiel Familien mit kleinen Kindern oder allein reisende Jugendliche. Bei der Entscheidung für die Art des Verfahrens soll



Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze.

Bilder: Wikimedia Commons

die Anerkennungsquote für das jeweilige Heimatland eine Rolle spielen. EU-Kommissarin Ylva Johansson, zuständig für Inneres, sagt dazu: «Jeder Antrag muss individuell geprüft werden. Der Prozess ist derselbe, egal ob im normalen oder im Grenzverfahren.» Der Screening-Prozess soll nach den Vorstellungen der Kommission nicht länger als fünf Tage dauern, die Grenzverfahren nicht länger als zwölf Wochen.¹¹

Die Verteilungsfrage der Flüchtlinge innerhalb der EU ist für die EU-Mitgliedstaaten der sensibelste Punkt. Eine Äusserung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sorgte für Aufregung, sie wolle die umstrittene Dublin-Verordnung ersetzen, die bisher die Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Länder regelt. Jedoch wird der neue Mechanismus kein wesentlich anderer sein: Auch künftig ist in erster Linie jenes Land für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig, in dem ein Asylbewerber zuerst den Boden der Europäischen Union betritt.

Ein Solidaritätsmechanismus der EU soll drei verschiedene Situationen unterscheiden: Akute Krisensituationen, die das gesamte Asylsystem gefährden; erhöhten Druck für eine oder die Gefahr einer solchen; und abschliessend Seenotrettungsfälle, bei denen es um den Verbleib von

Menschen geht, die auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet werden. Wenn dieser Solidaritätsmechanismus aktiviert wird, vermittelt die EU-Kommission, damit die betroffenen Mitgliedstaaten die nötige Hilfe bekommen, um die Situation zu meistern.¹²

Massnahmen der EU zur Rettung von Menschenleben auf See

Migranten und Flüchtlinge, deren Ziel Europa ist, begeben sich auf eine lebensgefährliche Reise, da die Schleuser (auch als Schlepper bezeichnet) immer riskantere Methoden zur Überquerung des Mittelmeers anwenden. Über 13 500 Menschen sind nach Angaben der EU seit 2016 bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, im Mittelmeer und Atlantik gestorben oder werden vermisst. Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) führt aktuell drei Operationen im Mittelmeer durch, um gefährdete Flüchtlinge und Migranten zu retten und die Migrantenschleusung zu bekämpfen. Die EU führt aus, dass dadurch seit 2016 über 536 000 gerettet worden seien.¹³ Im Jahr 2016 richtete die EU das Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung ein, um Mitgliedstaaten in ihrem Vorgehen gegen Migrantenschleusung zu unterstützen. Die EU-Patrouillen, die im Mittelmeer im Einsatz sind, versuchen nach Angaben der EU Migrantenschleusern das Handwerk legen und Flüchtlinge und Migranten in Gefahr zu retten. Es gibt im Augenblick drei Frontex-Operationen im Mittelmeer, die Operation Themis (ehemals Triton) deckt das zentrale Mittelmeer ab, die Operation Poseidon deckt das östliche Mittelmeer ab und die Operation Indalo deckt das westliche Mittelmeer ab. Im März 2020 brachte die EU die militärische Operation Irini auf den Weg, mit der ebenfalls ein Beitrag zur Zerschlagung des Geschäftsmodells der Schleuser- und Menschenhändlernetze durch Sammeln von Informationen und durch Patrouillen von Luftfahrzeugen geleistet wird. Davor richtete sich die Militäroperation Sophia zwischen Mai 2015 und März 2020 gegen Schleuser im Mittelmeer. Die Vorgängerin der Operation Irini, die Operation Sophia, durchgeführt von Mai 2015 bis März 2020, gelang es in diesem Zeitraum, 143 mutmassliche Schleuser festzunehmen.¹⁴ Allein im Jahr 2019 sollen Schleuser nach Angaben von EUROPOL mit Schleusungen nach Europa mindestens 190 Millionen Euro verdient haben.¹⁵

Fazit

Kein Thema scheint die EU so tief zu spalten wie die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Seit Jahren mangelt es der EU an der Umsetzung des gemeinsamen Asylsystems, Solidarität aller EU-Mitgliedstaaten und Kohärenz in den Asylverfahren. Zwischen 2015 und 2020 hat die EU zahlreiche Modelle zur Flüchtlingspolitik entworfen, zum Flüchtlingsstatus, zu Asylverfahren oder zur Rückschiebung nach Nordafrika, zu Ausschiffungsplattformen oder Asylzentren in EU-Hafenstädten. Nichts davon wurde bisher umgesetzt.¹⁶ Die Flüchtlingssituation in Europa und die Flüchtlingspolitik wird die EU noch für viele Jahre beschäftigen. Dass die Spaltung der EU-Mitgliedsstaaten in dieser Frage bald überwunden werden kann, ist unwahrscheinlich. ■

- 1 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-aus-syrien-die-tragedie-des-21-jahrhunderts-16661310.html> (21.1.2021).
- 2 <https://www.bpb.de/mediathek/305917/zahlen-und-fakten-europa-flucht-und-vertreibung> (21.1.2021).
- 3 https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Asylum_statistics/de (21.1.2021).
- 4 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-fluechtlinge-asyl-seehofer-100.html> (22.1.2021).
- 5 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/migratory-pressures/> (23.1.2021).
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/153/grenzschutz-an-den-au%C3%9Fengrenzen>
- 9 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/migratory-pressures/history-migratory-pressures/> (24.1.2021).
- 10 Ebd.
- 11 <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-fluechtlinge-asylpolitik-eu-kommission-1.5042071> (25.1.2021).
- 12 Ebd.
- 13 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/migratory-pressures/sea-criminal-networks/> (26.1.2021).
- 14 Ebd.
- 15 file:///C:/Users/dr-st/Downloads/emsc_the_profits_of_smugglers_-_infographic.pdf (26.1.2021).
- 16 <https://www.dw.com/de/eu-fl%C3%BChtlingspolitik-2020-ist-nicht-2015/a-52623823> (26.1.2021).



Oberstleutnant d.R.
Prof. Dr. Stefan Goertz
Prof. für Sicherheitspolitik
Bundespolizei
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

Informationsraum

Der sechste Punkt der Vision 2030 ist die Digitalisierung. Wir müssen die Schnittstelle zu unseren Milizangehörigen, die Militärverwaltung und vor allem die Armee selbst digitalisieren.



Die meisten Schweizerinnen und Schweizer sind bereits digital unterwegs. Sie wollen auch mit der Armee über die gewohnten Kanäle interagieren können. Mit der Digitalisierung der Miliz werden wir die zukünftigen Armeeangehörigen bereits vor ihrem Orientierungstag digital ansprechen und dann durch ihr militärisches Leben begleiten – bei der Wahl der militärischen Funktion, der Bestellung von Material im Logistikcenter oder beim Einreichen eines Urlaubsgesuches.

Bei der Digitalisierung der Militärverwaltung geht es erstens darum, bestehende Abläufe von ihrem Beginn bis zum definitiven Abschluss zu digitalisieren und dabei gleichzeitig zusätzliche Informationen zu gewinnen. Zweitens generieren wir mit der Zusammenführung dieser Informationen neues Wissen über unser Gesamtsystem. Dies erlaubt uns, in einem dritten Schritt unsere Prozesse komplett neu zu gestalten und mit digitalen Werkzeugen weiter zu entwickeln und zu optimieren.

Im militärischen Entscheidungsprozess geht es immer darum, Informationen über eine Lage oder einen Gegner zu gewinnen, diese auszuwerten, daraus Schlüsse zu ziehen, Entscheide über den Einsatz eigener Mittel zu fällen und diese dann zur Wirkung zu bringen. Wir sprechen dabei vom «Sensor-Nachrichtendienst-Führungs-Wirkungsverbund». Dieser muss digitalisiert sein, um gegen einen ebenfalls digitalisierten Gegner einen Wissens- und Entscheidungsvorsprung zu erreichen.

All dies gelingt uns nur mit einer Kultur, die Innovation aktiv fördert. Eine Kultur, in der Wissen geteilt wird und die einen echten Austausch ermöglicht. Eine Kultur des Vertrauens und des Mutes zur Veränderung.

Korpskommandant
Thomas Süssli
Chef der Armee

Raytheon Technologies

Ein globales Patriot-Netzwerk zum Vorteil der Schweiz

17 Staaten – davon sieben in Europa – nutzen Patriot® derzeit als bodengestütztes Luftverteidigungssystem und profitieren dabei vom Patriot-Partnernetzwerk. Auch für die Schweiz bietet die Mitgliedschaft in diesem Netzwerk zahlreiche Vorteile.

Patriot – ein bewährtes bodengestütztes Luftverteidigungssystem für die Schweiz


Das Patriot-System des amerikanischen Herstellers Raytheon Technologies ist seit 1984 im Einsatz. Die neueste Generation des meist verbreiteten und bewährten Systems im Markt hat das US-Verteidigungsministerium nun der Schweiz angeboten. Das System wird laufend weiterentwickelt und an neue Bedrohungen angepasst. Durch die Mitarbeit aller Patriot-Partnerstaaten wird die verwendete Technologie fortwährend erneuert, getestet und aufgerüstet. Derzeit bildet das System in 17 Nationen das Rückgrat der Landesverteidigung gegen ballistische Flugkörper, Marschflugkörper und feindliche Fluggeräte. Das kampferprobte System wurde bereits von fünf verschiedenen Ländern in mehr als 250 Kampfeinsätzen verwendet. Vier der 17 Länder sind dem Patriot-Konsortium erst in den letzten zwei Jahren beigetreten. Diese Staaten haben eine unabhängige Beurteilung der Bedrohungslage vorgenommen, die entsprechenden Daten analysiert und sich dann für das Verteidigungssystem entschieden, das sowohl heute als auch in Zukunft ihren Bedürfnissen entspricht.


Gemeinsam in ein bewährtes System investieren, um potenzielle Bedrohungen zu antizipieren


Zu den vielen Vorteilen gehören geteilte Kosten für Systemerweiterungen, wodurch das Ländernetzwerk die Leistungsfähigkeit des Systems stetig verbessern und so potenziellen Bedrohungen einen Schritt voraus sein kann. Patriot hat mehr als 3200 Tests und 1500 Flugtests absolviert. Seit 2015 wurden über 9 Mrd. USD (8,8 Mrd. CHF) in die Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit von Patriot investiert. Diese Investitionen muss nicht ein Land alleine tragen. Das Partnernetzwerk teilt die Kosten anhand des Umfangs der jeweiligen Patriot-Systeme auf. Dies stellt für ein kleines Land wie die Schweiz einen

Ein bewährtes Patriot Netzwerk

Gebaut zum Schutz.
Im Einsatz bewährt.







© 2021 Raytheon Technologies Corporation. Advanced Media #09950-03/21

grossen Vorteil dar, weil alle Partner zu gleichen Teilen von der Gemeinschaftsinvestition profitieren. Für ein Land allein wäre die Finanzierung kaum tragbar. Durch die gemeinschaftliche Nachrüstung bestehen auch keine Systembrüche zwischen den Patriot-Ländern, da deren Logistik sowie die taktischen Möglichkeiten gleich sind. Patriot entwickelt sich mit der Bedrohungslage mit, schützt die 17 Partnerländer, sorgt für tiefere Kosten und stellt die weltweit fortschrittlichste Luftverteidigung sicher.

Schulungsmöglichkeiten in Nachbarländern und Austausch zu Best Practices

Durch die grosse Zahl an Bestandssystemen kann Raytheon Technologies jederzeit Unterstützung und Leistungspakete zur Steigerung des Kampfwerts anbieten. Zudem lassen sich Erkenntnisse austauschen, und es können beispielsweise gemeinsame Übungen mit den anderen

sieben Patriot-Staaten Europas – Deutschland, Griechenland, Niederlande, Polen, Rumänien, Schweden und Spanien – organisiert werden. Es finden zudem regelmässige Treffen aller Patriot-Nutzer statt. Ein noch regerer Austausch ist in Teilgruppen gewährleistet, wo Erfahrungen und Best Practices besprochen und Verbesserungen der Hard- und Software des Patriot-Systems beschlossen werden.


**Raytheon
Missiles & Defense**